



Passend zum Thema des Salmengesprächs wurden Auszüge aus „Work Replace 4.0“ von Regisseurin Annette Müller gezeigt. FOTOS: BRAXART FOTOGRAFIE

Eine Bedrohung für die Demokratie

Beim Salmengespräch stehen die zweite Offenburger Forderung und die Veränderungen durch die Digitalisierung im Mittelpunkt

Von Juliana Eiland-Jung

OFFENBURG. Die zweite „Offenburger Forderung“ ist in der Demokratiegeschichte Deutschlands sicher eine der wichtigsten. „Wir verlangen Pressefreiheit; das unveräußerliche Recht des menschlichen Geistes, seine Gedanken unverstümmelt mitzuteilen, darf uns nicht länger vorenthalten werden“, verlangten am 12. September 1847 im Offenburger Salmen die badischen Revolutionäre. Ihre Forderung war Thema des Salmengesprächs zum Jahrestag.

Ist diese Forderung nun in Zeiten von Internet, Twitter und Facebook geradezu vorbildlich und „basisdemokratisch erfüllt“ – oder wird die Pressefreiheit „ausgehöhlt durch Fake News und dadurch, dass sich viele Menschen der Komplexität“ der politischen Meinungsbildung nicht mehr stellen möchten und „laute Minderheiten die leise Mehrheit übertönen? Und was ist mit den leisen Minderheiten?“ Mit diesen Fragen eröffnete Oberbürgermeister Marco Steffens das Salmengespräch am Donnerstagabend, bei dem Prof. Ursula Münch, Direktorin der Akademie für Politische Bildung in Tutzing, den Festvortrag zum Thema „Wie verändert die Digitalisierung unsere Demokratie?“ hielt. Mit Ausschnitten aus der aktuellen Produktion „Work Replace 4.0“, die sich mit den Auswirkungen von Digitalisierung und Künstlicher

Intelligenz auseinandersetzt, umrahmte die Junge Theaterakademie Offenburg die zweistündige Veranstaltung.

Münch betonte zunächst, wie stark „eine freiheitliche Demokratie auf die Haltung der Bürgerschaft“ angewiesen sei. „Demokratie muss immer wieder hergestellt werden“, so Münch, die die Auswirkungen der Digitalisierung nicht nur auf Wirtschaft und Kommunikationsverhalten, sondern auch auf die politischen Prozesse und Inhalte beleuchtete. In Zeiten, in denen die Deutungshoheit gesellschaftlicher Organisationen nachlasse, eröffne sich „Raum für etwas Anderes, für Emanzipationsprozesse“. Der „Demokratisierung des Zugriffs auf kollaborative Wissensspeicher“ wie Wikipedia und die Möglichkeit der „hierarchiefreien Mass-Self-Communication“ im Zuge der Digitalisierung konnte Münch viel Gutes abgewinnen. Allerdings müsse den Menschen stärker bewusst sein, dass hinter vorgeblich „hierarchiefreier digitaler Öffentlichkeit“ nicht zwingend auch ein „herrschaftsfreier Diskurs“ stehe, sondern oft klare kommerzielle Interessen.

Negativ sieht die Politikwissenschaftlerin den Bedeutungsverlust von „Vermittlungsfunktionen“ durch professionell arbeitende Redaktionen, die eine „publizistische Kartografie der aktuellen Lebenswirklichkeit“

erstellen, in der Relevanz, Proportionalität und Nuancen wichtige Kriterien sind. Presse und öffentlich-rechtlicher Rundfunk stünden besonders unter Druck, weil sie angesichts rückläufiger Nutzerzahlen fragen müssten, wo sie noch Geld verdienen können. „Online-Plattformen leben vom Gegenteil: Vorrang haben Schnelligkeit, Personalisierung, Zuspitzungen und Verunglimpfungen. Dadurch, dass zumindest theoretisch alle Informationen überall und in Echtzeit verfügbar seien, entstehe Überforderung.

Die Digitalisierung Sorge auch dafür, dass Wirtschaftsunternehmen nicht mehr vorrangig mit ihren Produkten, sondern mit dem Sammeln von Daten Geld verdienen. Es entstehe ein „Überwa-

chungskapitalismus“, der durch Gesetze und durch eine kritische Konsumentenhaltung im Zaum gehalten werden müsse. Schwarz sieht Münch bei der Frage der Monopole im Netz. Google und Facebook seien zu einflussreich, um sie noch zerschlagen zu können. Bei der Frage der Künstlichen Intelligenz gebe es allerdings noch Handlungsspielraum, den es durch bislang weithin fehlenden „informationstechnischen Sachverstand“ unter den Politikern auszunutzen gelte. So müssten heute langfristig tragfähige Regeln für die Datenextraktion aufgestellt werden, und zwar in „transnationaler Abstimmung“.

Diskutiert wurde, moderiert durch die SWR-Redakteurin Ursula Nusser, unter anderem die Frage, wie „Hate Speech“ im Netz Einhalt geboten werden könnte. Münch sah darin eine fundamentale Bedrohung für die Demokratie, weil sich die ohnehin schwierige Suche nach Menschen, die sich politisch engagieren, noch verschärfe. „Häme und das Verächtlichmachen von Institutionen müssen rechtsstaatlich verfolgt werden – auch dann, wenn sie von Regierungschefs oder Präsidenten ausgehen“. Außerdem forderte Münch eine „digitale Staatsbürgerkunde für alle Altersstufen“: „Der erhobene Zeigefinger taugt nicht, um Deep Fake zu erkennen. Schulen flächendeckend mit Rechnern und White Boards auszustatten“, sei keine digitale Bildung.



Prof. Ursula Münch sprach im Salmen.

ZGS: BZ 214 14.09.2019